
Frankfurter Rundschau

6. Januar 1919

Als Sozialdemokraten und Linkssozialisten gegeneinander auf die Straße gingen

Der 6. Januar 1919 ist ein Datum, das in Vergessenheit geraten ist. Auch wenn der Tag der Auftakt für den Aufmarsch in eine Epoche der Polarisierungen, der Extreme und Gewalt war.

Von Christian Thomas

Der Aufmarsch ist gewaltig, und so ist er auch gemeint, als furchteinflößende Demonstration. Doch am Ende laufen die miteinander verfeindeten Massen, Demonstranten und Gegendemonstranten, auseinander, ohne dass man sich gegenseitig Gewalt angetan hätte. Trotz der Polarisierung in den Tagen zuvor, kommt es zwischen den Rivalen, Anhängern der Republik oder solchen der Revolution, zu keinem Zusammenstoß. Die Zeitungen am nächsten Tag zeigen ein Gewimmel. Darin die Menschen wie in einem Gewühle.

Der 6. Januar 1919, heute vor 99 Jahren. Berlin wird von zwei Demonstrationssägen beherrscht, den einen hat die sozialdemokratische Regierung auf die Straße gebracht, die Gegendemonstration die linkssozialistische Opposition. Doch die Stimmung mag noch so aufgeheizt sein, der Aufmarsch, der am Vormittag begonnen hat, löst sich auf, trotz der, ja, doch, Gewaltaufrufe während des Wochenendes. Interessiert das denn noch? Wie auch immer, man läuft auseinander, mürrisch, nicht friedlich, aber unverrichteter Dinge, obwohl Regierung und Opposition die Machtfrage stellten. Die SPD hatte aufgerufen zum „Protest gegen die Gewalttaten der Spartakusbanden“. Dass Berlin eine Gegendemonstration erlebte, hatte mit einer Massenstimmung zu tun, die die Spartakisten, auch die eine Woche zuvor, am 30. Dezember 1918, gegründete KPD zu mobilisieren wusste.

Bürgerkriegsatmosphäre in Berlin

In der Stadt eine Bürgerkriegsatmosphäre, seit Wochen schon. Berlin hatte blutige Weihnachten erlebt, zum Jahreswechsel forderten Teile der KPD: „Wir müssen die lebende Politik der Straße immer weiter aufstacheln, wir dürfen die Bewegung nicht wieder einlullen“ – und damit war die Beteiligung der KPD an der Wahl zur Nationalversammlung gemeint.

„Geist eines fanatischen Utopismus“

Der Historiker Artur Rosenberg über die falsche Einschätzung der Kräfteverhältnisse

Aus der Sicht einer Zeit-Genossin, der Marxistin Rosa Luxemburg, war das ein

„kindischer“, ein „unausgegorener“, wenn auch „gradliniger Radikalismus“. Aus der Perspektive des ersten großen Historikers der Weimarer Republik, des Marxisten und langjährigen KPD-Mitglieds Artur Rosenberg, entwickelte sich die falsche Einschätzung der Kräfteverhältnisse, „aus dem Geist eines fanatischen Utopismus“. Man erging sich in Erwartungen, man erlag Vermutungen, vor allem Selbsttäuschungen.

Man könnte dies für eine hochaktuelle Sache halten. Wie auch immer, während der Historiker Volker Ullrich noch vor wenigen Jahren davon sprach, die Revolution von 1918/19 sei „bis heute ein Politikum geblieben“, stellen Autoren wie Wolfgang Niess, Joachim Käppner oder Mark Jones die Vorgänge als weitgehend ins Vergessen abgesunkene Ereignisse dar – ist ihre Erinnerungsarbeit also anachronistisch? Nein, es geht ja nicht um ein antiquarisches Interesse oder um revolutionsromantische Reminiszenzen, ein Impuls der Beschäftigung nach 1968. Der Titel von Sebastian Haffners zupackender Darstellung war programmatisch: „Die verratene Revolution“. Die Revolte von 68 unterhielt zur Räterepublik 1918/19 ein extrem sentimentales Verhältnis.

SPD für Gewaltregime verantwortlich

Auch der alles andere als linksradikale Haffner machte für den Verrat die Sozialdemokratie haftbar. Dem widersprach zehn Jahre später, 1978, in einem Taschenbuch des Dietz-Verlags, der Historiker Heinrich August Winkler. Beide allerdings, Haffner und Winkler, hoben hervor, dass die SPD während des Kaiserreichs nicht nur für eine Demokratisierung, sondern auch für eine Zivilisierung der Gesellschaft eingetreten sei – umso niederschmetternder für eine auf Frieden hoffende Nachkriegsgesellschaft, dass es die SPD war, die zusammen mit den für das Weltkriegsdesaster verantwortlichen Militärs ein Gewaltregime über das Land verhängte.

Die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, eines Sozialdemokraten, der mittlerweile zum linken Flügel der USPD zählte, wurde zum Fanal. Dem Sozialisten wurden in den bürgerlichen Hauptstadtzeitungen zwielichtige Beziehungen nach Moskau wie in deutsche Unterweltkreise nachgesagt. Der Historiker Mark Jones hat diese Gerüchte noch einmal durchleuchtet, wie sie Berlin in den Griff nahmen, wie sie sich verselbstständigten, umso mehr Gewalt annahmen, allgemein die Köpfe beherrschten, auch im Fall Eichhorns, dem unterstellt wurde, er beziehe Geld aus „Beutezügen der organisierten Kriminalität, unter anderem aus dem spektakulären Überfall aus einem Geldtransport“. Ganz zu schweigen von geheimen Waffendepots, die er unterhalte.

Eichhorns Entfernung hatte zur Empörung bei der radikalen Linken geführt. Die Kommandohoheit über das Berliner Polizeipräsidium wurde ernst genommen, sahen doch Spartakisten und Kommunisten, kaum dass sie das berüchtigte Haus in ihre Gewalt gebracht hatten, eine Bastion erobert. Der Kampf um den linken Polizeipräsidenten bewegte die Massen, er brachte Hunderttausende auf die Straßen, am 5. Januar die unübersehbar größte Massendemonstration seit dem revolutionären 9. November 1918.

Vom Gerücht zur Gewalt

Indem Jones eine Geschichte der Gewalt zu Beginn der Weimarer Republik erzählt, hat er auch eine über die Macht der Gerüchte rekonstruiert, und die eine ist so erschreckend wie die andere. Eine „Revolution der Besonnenen“? Natürlich weiß das Buch Käppners mehr, viel mehr als sein Titel. Denn immer wieder war das Gerücht Auslöser der Gewalt, nicht nur der Verwirrung, sondern der Brutalisierung. Schon den vorübergehenden Kapitulationsüberlegungen der Obersten Heeresleitung, als der Generalquartiersmeister Erich Ludendorff am 29. September 1918 im belgischen Spa den Krieg für das kaiserliche Deutschland für verloren erklärte, folgte nur wenige Tage später das Gerücht schlechthin – die Dolchstoßlegende. Ihr zufolge war der Krieg nicht an der Front verloren worden, sondern angeblich durch Sabotage an der Heimatfront hintertrieben worden.

Der „Militärdespot, der jeden Ausgleichfrieden verhinderte“ (Käppner), der Generalissimus der Verschwörungstheorien lenkte von seiner Verantwortung ab. Ludendorffs Vorgehen ist als ein infames Manöver durchschaut worden – als Heimtücke, um die Verantwortung für die Kapitulation auf das Parlament abzuwälzen. Manche Sozialdemokraten waren sich über den „Einstieg in ein bankrotttes Unternehmen“ im Klaren, sahen sich zugleich in der Verantwortung, eine desorientierte Nachkriegsgesellschaft in eine Republik zu führen. Dafür ließen sie sich allerdings ausgerechnet auf einen Teufelspakt ein, auf ein Bündnis mit den alten Eliten im Militär und in der Bürokratie. Durch ihre außerparlamentarische Koalition mit der Oberen Heeresleitung sahen sich die Sozialdemokraten Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann erklärtermaßen mit einem „Weiterwursteln“ konfrontiert. So klang Scheidemanns resigniertes Eingeständnis mangelnder Gestaltungsspielräume.

Weltkriegswaffen gegen die Revolution

Auch wenn der Matrosenaufstand in Kiel ebenso wie die Novemberrevolution ein bis auf wenige Enthemmungen unblutiger Umsturz war – aus dem Krieg hatten die Heimkehrer einen brutalen Umgangston mitgebracht. Der Barrikadenkampf wurde mit dem militärischen Knowhow von Westfrontsoldaten bekämpft. Die Erziehung zur Gewalt musste in einer Soldateska, die die sozialdemokratische Regierung aufbot, nicht erst einem besonderen Drill unterzogen werden. Es waren Regierungstruppen, die auf den Straßen Weltkriegswaffen einsetzten. Aus den Arsenalen des Weltkriegs stammten Maschinengewehr, auch Artillerie und Flammenwerfer – sogar aus Flugzeugen heraus wurde die Revolution bekämpft.

„Die von Regierungstruppen und Freikorps begangenen Gewaltexzesse waren Teil des Gründungsaktes der Weimarer Republik.“

Mark Jones, Historiker

Der Exzess wurde von Regierungstruppen in die Zentren der Revolution getragen, in vorderer Linie eine ostentative Gewalt, zudem eine zügellose Gewalt als ein Mittel der Machtdemonstration, zur Verbreitung von Angst und Schrecken. Umso erstaunlicher, dass in der Frühphase der Revolution die Hemmschwellen „intakt blieben“, wie Jones es ausdrückt. Die Novemberrevolutionäre entsagten fast generell der Gewalt – von Januar an bis Mai 1919 „durchlief die deutsche Politik eine Abfolge von Tabubrüchen“ (Jones). Die Gewalt, einmal als „Kommunikationsmittel“

eingesetzt, gehörte zu den Merkmalen der Gründungsphase der Weimarer Republik, ja, mehr noch: „Die von Regierungstruppen und Freikorps begangenen Gewaltexzesse waren Teil des Gründungsaktes der Weimarer Republik“. Schon der marxistische Historiker Rosenberg hinterfragte Ende der 1920er Jahre die Handlungsspielräume sozialdemokratischer Politik ebenso wie sozialdemokratische Rechtfertigungsmuster. Republik oder Revolution? Die „Anti-Chaos-Theorie“ hat gerne das Schreckenswort vom „Spartakusaufstand“ übernommen. Dass ein Land im Aufruhr kurz vor einer bolschewistischen Diktatur gestanden habe – so haben es Sozialdemokraten dargestellt, erst recht Republikgegner, Konservative und Reaktionäre, auch Putschisten, nicht zuletzt eine extreme Linke. Was für eine große Koalition. Tatsächlich sei ein real drohender Bolschewismus eine real existierende Legende, so Niess, Käppner und Jones mit Blick auf die realen Machtverhältnisse.

Rosa Luxemburg am Maschinengewehr?

Ein Land erlag den Legenden, die Hauptstadt den Gerüchten. Es wurde kolportiert, dass Liebknecht über eine Geheimarmee von 10 000 Soldaten verfüge. Zu den Imaginationen, denen man sich hingab, gehörte, dass Rosa Luxemburg an einem MG gesehen worden sei. Mit Gerüchten wurde Kommunikation getrieben und gesteuert. In Berlin sah man bereits Matrosen in Zeppelinen auf dem Vormarsch – und zu den Autosuggestionen, denen man sich wiederum auf Seite der Matrosen unterwarf, gehörte der Glaube an eine monumentale Offiziersverschwörung. Die Zentren des Aufruhrs gerieten unter die Deutungshoheit von Falschmeldungen und Gräueltgeschichten. Unbestritten allerdings auch, dass die revolutionäre Rhetorik nicht nur Rhetorik war, das Freund-Feind-Schema nicht nur ein Ritual, bloß so daher gesagt, so dass zahllosen Menschen durchaus vor der Revolution graute, auch weil der während des Kaiserreichs ungemein mutige Liebknecht in den Tagen des Umbruchs jedes Augenmaß verlor. Die KPD, auch wenn die Partei es stets anders darstellte, verfügte während der Revolution über keine Massenbasis, in den Betrieben ebenso wie in den Arbeiterräten hatte sie keine Mehrheit. Umso schneidiger und anmaßender trat sie auf. Käppner erzählt anschaulich, wie Agitatoren der soeben gegründeten Partei, dem Vorbild der Bolschewiki schmissig nacheifernd, „die Nationalversammlung mit Maschinengewehren auseinanderjagen will.“ Die während des Krieges so gefürchtete und verabscheute Maschinengewehrgewalt nun auch auf revolutionärer Seite, und bald schon nicht nur rhetorisch.

Keine Vertrauen für die KPD

Es bestand für die seit Jahren systematisch belogene Nachkriegsgesellschaft kein Grund, der „Roten Fahne“ Vertrauen zu schenken – es sei denn, man wollte ihr dann doch abnehmen, dass die KPD im Januar 1919 die Machtfrage an die Straße delegierte, weil sie die Wahl zur Nationalversammlung boykottierte. Wo sie wahrscheinlich, so viel zur Massenbasis der Machtfrage, nicht annähernd auch nur fünf Prozent der Stimmen erhalten hätte, wie Niess, Käppner und Jones plausibel machen.

Der Wirklichkeitsverlust war horrend, der politische Dilettantismus ebenfalls. Der Glaube, dass am 5. Januar die zweite Revolution, nach derjenigen vom November

1918, ins Rollen gekommen sei, war ein Aberglaube, der von einem ans Religiöse erinnernden Fanatismus hinweggerissen wurde. Ein vordreschender Liebknecht wollte den Putsch erzwingen, den Rosa Luxemburg verurteilte und ein Karl Radek, der aus Moskau illegal eingereiste Kader der Bolschewiki, ablehnte. Der „revolutionäre Geist der Novembertage“ wurde wie ein Faustpfand beschworen, um den Griff nach der Macht zu legitimieren.

Die Zeitungen, die wenigen besonnenen, und diesen Heroismus kann man unter Bedingungen der Erregung und Eskalation kaum hoch genug veranschlagen, nahmen den Aufruf zur Gewalt, den Liebknecht von Balkonen oder Lastwagen herunter verkündete, zunehmend ernster. Ebenso wenig war es ein Gerücht, dass an Berliner Litfaßsäulen zum Mord an dem prominentesten Revolutionär aufgerufen wurde.

Enthemmung der Gewalt

Berlin war in die Gewalt der Militanz geraten. Der Aufruhr, dem am 5. Januar Besetzungen von Zeitungsredaktionen und Verlagsgebäuden vorausgegangen waren, also nicht etwa friedliche Proteste, blieb am 6. Januar aus – aber es blieb nicht dabei, denn es folgten weitere Gewaltakte, darunter solche einer enthemmten, mörderischen Gewalt. Es folgten Gräueltaten und Massaker, es folgten die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebnecht, an weiteren Kommunisten. Das alles eine Folge zunehmender Enthemmung. Das „rigorose Eintreten für staatliche Gewalt unter sozialdemokratischer Herrschaft verschob die Paradigmen der deutschen politischen Kultur und hinterließ ein bitteres Vermächtnis“ (Jones).

Dass sich die SPD nicht auf das Experiment einer Diktatur einlassen wollte, nicht mit bolschewistischen Methoden arrangieren wollte – für jeden Demokraten verständlich. Dass sie ihre Macht nicht besonnen, deeskalierend und einhegend einsetzte, vielmehr eine brutale und exzessive Gewaltpolitik förderte – für jeden Demokraten verwerflich. Politik war Gewaltpolitik. Und das Gerücht, das materielle Gewalt annahm, Politik.

Zur Geschichte des 6. Januar gehört, dass die Entscheidung ausblieb. Es geschah nichts, wie Sebastian Haffner es lakonisch erzählt hat, denn „die Führung ließ nichts von sich hören“. Nachmittags, „der Tag, der mit schönem Wintersonnenschein begonnen hatte, nebelte sich ein“ (Haffner), ließ die Massen auseinandergehen, auch weil sich der „ewige Hunger dieses Revolutionswinters meldete.“

„Einer muss der Bluthund werden.“

Gustav Noske mit einem inzwischen geflügelten Satz.

Es gibt allerdings noch eine Anekdote, die diesen Tag zu einem besonderen Datum gemacht hat. War doch der Sozialdemokrat Noske bereits am Vormittag in der Reichskanzlei von dem Sozialdemokraten Ebert zum Oberbefehlshaber der Freikorps ernannt worden. Es fiel der berühmt-berüchtigte Satz: „Einer muss der Bluthund werden.“

Mit dieser Selbsterkennung und Selbsterkenntnis verließ der Stratege der Konterrevolution die von Revolutionären belagerte Reichskanzlei – ein Mann in Zivil, der, wie er später festhielt, sich den Weg durch die bewaffneten Demonstranten bahnte: „Höflich bat ich wiederholt darum, mich durchzulassen, denn ich hätte eine

dringende Besorgung.“

Sexualisierte Willkür, Sadismus und aufgegeilte Gewalt

Diese Besorgung bestand in der Vorbereitung zum sozialdemokratisch sanktionierten Tabubruch, den Jones, Käppner und Niess darstellen, bestürzt und bestürzend. Das Massakrieren von Gegnern hatte massive Folgen, für die Republik von Weimar, für eine Epoche des Extremismus, in der nicht zuletzt Männerphantasien befriedigt wurden. Die ostentative Gewalt galt der Revolution, wenige Monate später richteten die Putschisten ihre Exzesse gegen die (Weimarer) Republik selbst. An ungezählten Opfern wurde eine sexualisierte Willkür, eine aufgegeilte Gewalt ausgelebt und ein Sadismus exekutiert. Die Republik erfuhr davon, weil sich die in zahllosen Fällen von der Justiz geschonten oder unbehelligten Mörder ihrer Schreckenstaten rühmten. Ein Stolz in Büchern, in Broschüren, in aller Öffentlichkeit, der die Demokratie das Fürchten lehren sollte.

Gefürchtet waren im Krieg völlig neue Waffen gewesen, nicht zuletzt auch eine extrem perfide, 1899 von der Haager Friedenskonferenz geächtete Munition.

Dennoch, auch die Dumdum-Geschosse verbreiteten auf den Schlachtfeldern ihre verheerende, darunter eine psychologisch katastrophale Wirkung. Es blieb nicht aus, dass auch während der Straßenkämpfe in Berlin das Gerücht umlief, der Feind, diesseits oder jenseits der Barrikade, nutze Dumdum-Geschosse.

Es war ein Gerücht, das Gewalt annahm. Nicht das einzige Mal, dass Dumdum-Gerüchte verheerende Wirkung hatten.